Einzelpreis 10 Pfg.

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezug einschließlich Bestellgeld monatl. 5 M., bei Zustellung unter Streifband 6,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Morgen-Ausgabe

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9765.

Jahrgang 2 — Dienstag, den 25. Februar 1919 — Nummer 100

Die U.S.P. die stärkste Partei Berlins.

Generalstreik in Mitteldeutschland.

Privattelegramm der „Freiheit".

Halle a. S., 24. Februar. Die Konferenz mitteldeutscher Bergleute beschloß den Generalstreik ab Montag bis zur Anerkennung der Betriebsräte und des Bezirks-Bergarbeiter-Rates durch die Regierung. Die Eisenbahner des Direktionsbezirks Halle schließen sich an. Sie fordern auch Betriebsräte, ebenso die großen chemischen Fabriken und Stickstoffwerke und Ueberlandkraftwerke. Die Metallindustrie will sich anschließen. In Halle und Umgebung vollkommene Ruhe.

Bezirks-Bergarbeiter-Rat beim Oberbergamt Halle.

Es ist unerhört, daß die Regierung es ist, die durch die Maßnahmen immer und immer wieder die Beunruhigung des Wirtschaftslebens hervorruft. Nachdem sie vor Monaten bereits die Anerkennung der Betriebsräte ausgesprochen hat, lehnt sie jetzt diese Forderung ab. Angesichts der jeweiligen Erregung der Arbeiterschaft kann dieses Verhalten nur als schärfste Provokation angesehen werden.

Wir fordern, daß die Regierung die Forderungen der Bergarbeiter sofort erfüllt, ehe durch weiteres Umsichgreifen des Streiks dem Wirtschaftsleben neue Gefahren erwachsen.

Halle (Saale). Die Eisenbahner des Eisenbahndirektionsbezirks Halle sowie die Metallarbeiter der Halleschen Maschinenfabriken haben den Generalstreik für Dienstag früh beschlossen.

Noskes Spitzel entlarvt.

Der „Leipziger Volkszeitung" ist es gelungen, eine unerhörte Lockspitzelorganisation aufzudecken, die von Noske und seinen Kreaturen ausgeht. In den Polizeiakten, die diesen Fall enthüllen, sagt ein Kriminalbeamter aus:

„Ich begab mich auftragsgemäß nach Hotel Nord. Hier teilte mir der Soldat Hans Hartung, in der Artilleriekaserne in Halle wohnend, hier als Fremder im Hotel Astoria aufhältlich, folgendes mit:

Ich bin in Halle bei einer Vereinigung tätig, die gegen die Spartakusleute vorgeht. Seit einiger Zeit kenne ich den S. und bin vollständig überzeugt, daß dieser falsche Papiere führt und mit der Sowjetregierung in Verbindung steht."

Diese Aussagen führten zur Verhaftung des beschuldigten S., der seinerseits bei seiner Vernehmung folgendes zu Protokoll gab:

Vor etwa zwei Wochen kam der mir bis dahin völlig unbekannte Hartung zu mir. Er war von einem hiesigen mir gut bekannten Kommunisten zu mir geschickt worden, um mit mir über die Verhältnisse in Halle zu sprechen.

Hartung erklärte sich mir gegenüber als Mitglied des Spartakusbundes in Halle und sprach sich dahin aus, daß die Halleschen Spartakisten losgehen wollten und die Leipziger Unterstützung senden sollten. Nach Rücksprache mit hiesigen Kommunisten reiste ich nach Halle und wurde dort von Hartung in den Kreis der Spartakisten eingeführt. Bei der Versammlung, deren Teilnehmer erst von Hartung zusammengerufen wurden, habe ich ausdrücklich davor gewarnt, örtliche Putsche zu organisieren und herbeizuführen, vielmehr müßten nur durch Literatur und aufklärende Schriften Mitglieder und Anhänger geworben werden, um dann durch eine große Masse auf legalem Wege zum Ziele zu gelangen. Meine Meinung fand in der Halleschen Versammlung auch Anklang und Unterstützung und erklärten die Halleschen Kommunisten, vorläufig in diesem Sinne weiterzuwirken."

Daraufhin wurde S., als auch eine Untersuchung seines Gepäcks nicht das geringste „belastende Material" ergab, aus der Haft entlassen. An seiner Stelle wurden Hartung und seine Helfershelfer, ein Obermatrose Bär und ein Fähnrich z. D., der gleich mehrere Namen zur Auswahl führte, verhaftet. Man fand bei ihnen neben einer Sammlung von Spitzelpapieren, zahlreiche Waffen, u. a. scharfe Eierhandgranaten. Wozu diese Waffen dienen sollten, geht daraus hervor, daß Hartung in das Zimmer des S. im Hotel „Nord" in Leipzig heimlich eine Tasche mit Waffen und Munition stellte, um sie dort von der Polizei „finden" zu lassen. Die drei Spitzel gaben übereinstimmend an, im Auftrage des Eden-Hotels, Berlin (Garde-Kavallerie-Schützen-Division) zu arbeiten. Alle drei beriefen sich auf Noske.

Die „Leipziger Volkszeitung" sagt zu dieser Erklärung:

„Es steht also fest, daß die angeblich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dienenden Noskegarden Lockspitzel anwenden, die gewaltsame Putsche hervorrufen sollen, und zu diesem Zweck Waffen und Munition in Spartakuskreisen zu schmuggeln suchen, die von Putschen nichts wissen wollen.

Es steht ferner fest, daß die berüchtigte Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin ähnlich gewaltsame und willkürliche Verhaftungen wie in Berlin auch in Leipzig vorzunehmen versuchte, ohne jeden Rechtsgrund.

Schließlich steht fest, daß Noske und seine Garden eine Lockspitzelorganisation nach den berüchtigten Methoden der alten politischen Polizei angelegt haben, die der Reaktion dient."

Natürlich wird die famose „Schützendivision" wieder „dementieren" und auch Noske wird erklären: „Ich kenne die Menschen nicht." Aber das hilft ihm nichts. Es steht fest, daß Kreaturen, die zu seinen Söldnerscharen gehören, mit Papieren und Waffen, die sie nur von amtlichen Stellen erhalten können, umherreisen, um Putsche und Unruhen hervorzurufen, damit ihre Auftraggeber wieder Gelegenheit finden, „einzugreifen" wie in Bremen usw. Es steht fest, daß Noskes Kreaturen mit den gemeinsten Mitteln arbeiten, die die Welt kennt. Und diese Gemeinheiten fallen auf ihn zurück und auf die, die ihn schützen.

Landtagswahl in Oldenburg.

Oldenburg, 24. Februar. In Oldenburg ohne Lübeck und Birkenfeld wurden gestern zur Landesversammlung 12 Sozialdemokraten, 12 Deutsche Demokraten, 10 Zentrum und 5 Volkspartei gewählt.

Alarmmeldungen aus dem Industriegebiet.

Düsseldorf, 24. Februar. Wolffs Bureau meldet: Entgegen der Abmachung zwischen dem Kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster und dem Streikkomitee in Essen ist für heute die Arbeit nur in einigen kleinen Betrieben wieder aufgenommen worden. In den großen Betrieben wurden die Arbeiter durch bewaffnete Spartakisten gehindert, die Betriebsstätten zu betreten. Um 10 Uhr vormittags fanden einige Spartakistenversammlungen statt. Verschiedene Redner erklärten, daß sie auf keinen Fall die Waffen abgeben würden. Ein Antrag, den Generalstreik in Düsseldorf fortzusetzen, fand überwältigende Mehrheit. Von einer Beschlagnahme der Bankguthaben der Industriefirmen soll noch abgesehen werden, dagegen wurde vielfach die Verhaftung der Fabrikleiter gefordert, [illegible]s seitens der Unternehmungen Streikgelder gezahlt sind.

Sterkrade, 24. Februar. Nach einer Meldung der „Sterkrader Volkszeitung" gelang es heute morgen den Regierungstruppen, die hiesigen Spartakisten durch einen kühnen Handstreich zu überrumpeln. Dabei wurde ein Spartakist getötet. Der Hauptführer Thiele wurde festgenommen und dabei von der Volksmenge übel zugerichtet.

Diese offiziösen Nachrichten sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es läßt sich nicht sagen, wieweit sie zutreffen. Nur eines lassen sie erkennen: daß man auf seiten der Regierung nicht die Absicht hat, die Welle der Unruhe im Industriegebiet von selbst abebben zu lassen, sondern daß man einmarschieren und eingreifen will, daß man Gewalt anwenden will. Und dieses „Eingreifen" beginnt, wie die Meldung aus Sterkrade besagt, ganz wie in Berlin mit der bei den Regierungstruppen so beliebten „Lynchjustiz".

Einberufung der österreichischen Konstituante.

Wien, 24. Februar. Präsident Seitz berief die konstituierende Nationalversammlung für Dienstag ein.

Streikrecht der französischen Beamten.

Nach der „Humanité" vom 22. Februar hat die französische Kammer trotz des Einspruchs des Arbeitsministers den Beamten das Streik- und Koalitionsrecht zugebilligt.

Die Wahlen in Berlin.

Was wir in diesen Blättern seit Anfang Dezember vorausgesagt haben, ist schneller eingetroffen, als mancher Genosse glaubte: Wenn wir nach der langen Zeit des Belagerungszustandes und der Zensur genügend Zeit zur Aufklärung der breiten Massen über unsere Politik, unsere Ziele und die unserer Gegner hätten, würde es sich zeigen, auf welcher Seite die proletarischen Massen stehen. Man verhöhnte uns von mehrheitssozialistischer Seite und meinte, wir hätten vor der Abrechnung Furcht, als wir die Nationalwahlen hinausgeschoben haben wollten.

Die Mehrheitssozialisten hatten es sehr eilig und konnten gar nicht schnell genug die Wahlen ausgeschrieben sehen. Ihr Apparat arbeitete tadellos. An Papier, an Soldaten, an Geld fehlte nichts. Der Erfolg war ihnen am 19. Januar sicher. Wie prahlten sie doch mit ihren 11 Millionen Stimmen gegen uns armselige Schächer mit unseren 2 Millionen. Wir aber wußten, daß die [illegible] einen Scheinerfolg errungen hatten.

Acht Tage später, am 26. Januar, stand es schon weniger gut. Der Tag der Preußenwahl brachte ihnen allein in Berlin einen Stimmenrückgang um 60 000. War auch die Wahlbeteiligung insgesamt viel geringer als acht Tage vorher, so waren doch die Scheidemänner von diesem Verlust am härtesten betroffen. Es bröckelte ab.

Seitdem sind nur vier Wochen verflossen. In diesen Wochen ist die Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung zu Taten geschritten, zu Taten, die den Arbeitern immer mehr die Augen öffneten. Die Gelegenheit, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, bot der letzte Sonntag, der Tag der Stadtverordneten- und Gemeindewahlen. Wohl tragen diese Wahlen gemeinhin nicht den ausgesprochen politischen Charakter wie die National- und die Preußenwahlen, aber diesmal standen die Dinge anders als sonst. Es handelte sich um die Erstürmung der Gemeinden, zu denen zum ersten Male unter Fortfall des Dreiklassenwahlrechtes und der Besitzvorrechte zu wählen war und es war nicht gleichgültig, wem der Arbeiter sein Vertrauen schenkte. Wir standen vor der Entscheidung, ob mit dem Gemeindesozialismus ernst gemacht werden oder ob es weiterhin mit Redensarten sein Bewenden haben soll.

Es war deshalb doppelt notwendig, genau zu prüfen, wem der proletarische Wähler sein Vertrauen zuwenden soll. Die Mehrheitskandidaten hatten zudem sich selber als Verteidiger der Ebert-Scheidemann-Politik bekannt und was fehlte, wurde durch unsere Genossen in schriftlicher, noch mehr aber in mündlicher Agitation besorgt. Selbst die Agitation der Bürgerlichen bewegte sich meist auf parteipolitischem Gebiete. Die Entscheidung war also klar und unzweideutig zu treffen. Und sie ist getroffen worden. Aber nicht so, wie sie den Herren Mehrheitlern angenehm war. In den rein proletarischen Bezirken Berlins wenden sich in steigendem Maße die Arbeiter und Arbeiterfrauen der Unabhängigen zu. Die Mehrheitssozialisten verloren am Sonntag reißend an Stimmen.

In den Stimmbezirken des arbeiterreichen Nordens Berlins, in dem ehemals 6. Berliner Reichstagswahlkreise haben die Mehrheitssozialisten 38 500 Stimmen eingebüßt; hier stehen 138 000 unabhängige 105 500 mehrheitssozialistischen Stimmen gegenüber. Im Osten Berlins, dem ehemals 4. Wahlkreise, beträgt ihr Verlust gegen die Preußenwahl rund 30 000 Stimmen. Noch eindringlicher tritt das Wahlresultat in folgenden Ziffern in die Erscheinung:

Berlin:

Deutschnationale	82 211	(90 202),
Deutsche Volkspartei	35 820	(32 001),
Zentrum	44 331	(52 853),
Demokraten	115 688	(143 751),
Sozialdemokraten	249 008	(348 009),
Unabhängige	260 078	(270 460).

Die eingeklammerten Ziffern bedeuten die der letzten Preußenwahl. Wenn sich diese Zahlen auch noch ändern dürften, so ist doch als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Mehrheitler bei der Stadtverordnetenwahl in Berlin fast 100 000 Stimmen verloren haben. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ihnen bereits die Preußenwahl 60 000 Stimmen

Verlust gegen die Wahlen zu der Nationalversammlung gebracht hat: ein Gesamtverlust von 160 000 Stimmen seit dem 19. Januar. Daß diese Lektion helfen wird, ist allerdings kaum anzunehmen.

Gewählt sind in Berlin nach den neuesten Meldungen: **48 Unabhängige, 46 Mehrheitssozialisten**, 20 Demokraten, 16 Deutschnationale, 8 Christliche Volksparteiler (Zentrum) und 6 Deutsche Volksparteiler. Wir rücken demnach als stärkste Partei ins Berliner Rathaus ein und haben mit unserer Stimmenzahl die der Rechtssozialisten hinter uns gelassen.

Für uns bedeutet der Ausgang der Stadtverordnetenwahl die Mahnung, klar und fest ohne jede Kompromisselei eine entschieden proletarische Politik zu betreiben. Dann ist uns die Zukunft sicher.

Der Wahlausfall in den Vororten schließt sich dem in Berlin würdig an. In den westlichen Vororten hat das reiche Wilmersdorf eine starke bürgerliche Majorität aufzuweisen. Der bürgerliche Block mit den Hausagrariern verfügt über 40 Sitze; ihnen gegenüber stehen 21 Sitze der Mehrheitssozialisten und 6 Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. In Wilmersdorf überrascht das nicht. Wilmersdorf hat seit Jahren eine Wohnungspolitik nur im Interesse der reichen Leute betrieben. Die Stadtverwaltung wollte keine Arbeiter nach dem Orte ziehen. Deshalb förderte sie nur die Interessen der reichen Steuerzahler und vermied die Förderung der Kleinwohnungen. Der Arbeiter kann natürlich die hohen Mieten, die die großen Wohnungen kosten, nicht zahlen und er wird dadurch aus dieser Millionärstadt hinausgedrängt.

In Charlottenburg liegen die Verhältnisse günstiger. Hier hat unsere Partei 15 bis 16 Sitze, die Mehrheitler haben 22. Die vereinten bürgerlichen Gegner dürften 1 bis 2 Sitze mehr haben, als die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammengenommen. Auch in Charlottenburg haben unsere Genossen ihre Stimmenzahl gegen die am 26. Januar behauptet, während die Rechtssozialisten etwa 12 000 Stimmen verloren haben. Eine kleinere Anzahl westlicher Vororte hat kleine bürgerliche Mehrheiten aufzuweisen, während umgekehrt die östlichen und nördlichen Vororte mit starken sozialistischen Mehrheiten nur kleine bürgerliche Vertretungen aufweisen können. In Neukölln haben die Scheidemänner 31 Sitze, die Unabhängigen 25, die Bürgerlichen zusammen 16 Mandate, obwohl unsere Genossen erst in den letzten Wochen tatkräftig an die Werbearbeit herangehen konnten. Bezeichnend ist, daß auf das Konto unserer Partei von dem Stimmenrückgang 1200 Stimmen entfallen, während die Abhängigen über 11 000 Stimmen verloren haben. In Oberschöneweide können unsere Parteifreunde von den 24 Sitzen allein 13 auf ihre Rechnung buchen, während die Abhängigen über 6, die Bürgerlichen über 5 Mandate verfügen. Auch Reinickendorf hat eine Majorität der Unabhängigen Partei, da von den 36 Mandaten 19 unsern Genossen zugefallen sind.

In Köpenick haben Mehrheitler und Unabhängige je 14 Sitze, die Bürgerlichen desgleichen. In Adlershof haben wir 10 Sitze, die Abhängigen 5, die Bürgerlichen zusammen 6. In Weißensee marschieren wir mit 11 Mandaten an der Spitze, dann folgen die Mehrheitler mit 7, die Bürgerlichen mit 6 Mandaten. Auch in zahlreichen anderen Orten haben wir gut abgeschnitten, wie überhaupt in fast allen Orten in Niederbarnim unsere Genossen gute Erfolge aufzuweisen haben. Allenthalben wächst das Interesse der Arbeiter an unserer Partei. Das haben die Wahlen am Sonntag bewiesen. Wird die uns bevorstehende Arbeit im sozialistischen Sinne getan, so haben wir alle Aussicht, weiter vorwärts zu schreiten. An uns liegt es, den Aufklärungsprozeß zu fördern. Tun wir unsere Schuldigkeit und arbeiten wir unermüdlich auf diesem Wege weiter.

Wahlre'ultate:

Gesamtergebnis des früheren 6. Reichstagswahlkreises: In allen im früheren 6. Kreise gelegenen Stimmbezirken wurden abgegeben für die U. S. P. D. 138 076; am 26. Januar 144 947; für die S. P. D. 105 791, am 26. Januar 142 932; Deutschnationale 32 204, früher 41 888; Demokraten 38 437 gegen 49 920; Deutsche Volkspartei 18 425; Christliche Volkspartei 14 290.

6. Kreis. 2. Abteilung. U. S. P. D. 6060 (6640), S. P. D. 6186 (8818), Chr. V. 699 (823), D. Vp. 281 (359), Dnat. Vp. 1281 (1888), Demokr. 1729 (2164).

In dem Wahlergebnis der 15. Abteilung des 6. Kreises sind den Mehrheitssozialisten 7648 Stimmen zugeschrieben worden, sie haben aber nur 4648 erhalten.

Bernau: U. S. P. D. 1350, Mehrheitssozialisten 1890, Bürgerliche 1853.

Hohen-Schönhausen: U. S. P. D. 1104 (6 Sitze), S. P. D. 567 (4), Bürgerliche (geschlossene Sitze) 979 (6), Christliche Volkspartei 131 (1), Direktor Rath 286 (1).

Lichtenrade. U. S. P. D. 266 (2), S. P. D. 761 (4), Demokraten 392 (2). Hausbesitzer, Dtsch.-Natl., Deutsche Volkspartei Bürgerpartei gebundene Listen, 4 Mandate.

Storkow (Mark). U. S. P. D. 372 (5), S. P. D. 246 (3), Deutsch-Demokr. 455 (6), Volkspartei 340 (4).

Biesdorf. U. S. P. D. 346 (3), S. P. D. 546 (4), Deutsch-Nationale 302 (3), Deutsch-Demokraten 291 (2). Die Deutsch-Nationalen und Deutsch-Demokraten haben sich vereinigt, zusammen 578 Stimmen, zusammen 5 Mandate.

Kaulsdorf. U. S. P. D. 214 (2), S. P. D. 812 (6), Bürgerliche Parteien zusammen 821 (5).

Niederschönhausen. U. S. P. 1895, Mehrheit 2109, Demokraten 1686, Christlich-Soziale 1187, Deutsch-Nationale 1257.

Die Listen der Christlich-Sozialen und Deutsch-Nationalen sind verbunden, erhalten zusammen 6 Mandate, Demokraten 4 Mandate, U. S. P. 4 Mandate, Mehrheit 7 Mandate.

Nowawes. U. S. P. D. 4287 (4108), S. P. D. 8145 (885[illegible]), Konf. [illegible], Dem. [illegible], Christl. [illegible].

Staaken. Bei der am Sonntag, den 23. Februar hier stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurden für die Liste Buhl U. S. P. 1392 Stimmen, für die Liste Rotmann S. P. D. 651 und für die Liste Drömer, Demokrat, 584 Stimmen abgegeben. 5 Stimmen sind ungültig. Von den 15 zu wählenden Vertretern entfallen auf die U. S. P. 9, auf die S. P. D. 4 und auf die Demokraten 3 Vertreter.

Adlershof. U. S. P. D. 2681 (10), Rechtssozialisten 1422 (5), Bürgerliche 16[illegible]4 (6).

Hennigsdorf. U. S. P. D. 822 (7), S. P. D. 340 (3), Demokraten 259 (2), Block 171 (1).

Cöpenick: U. S. P. D. 5546 (14), S. P. D. 5596 (15), Rechtsblock (5 Listen) 5103 (13). — Unsere Liste nahm 800 Stimmen zu. 74 Prozent Wahlbeteiligung.

Zehlendorf: U. S. P. D. 530, S. P. D. 2531, Block 6874.

Wilmersdorf: U. S. P. D. 4721 (5), S. P. D. 17 086 (21), Bürgerblock 33 458 (40). Die Bürgerlichen haben etwa 40 Prozent Stimmenverlust, die S. P. D. 20 Prozent; die U. S. P. D. als einzige Partei 5 Prozent Stimmenzunahme.

Berlin-Buchholz. Gewählt wurden: 1 Unabhängiger, 7 Mehrheitssozialisten, 2 Demokraten, 2 Deutschnationale.

Steglitz: Unabhängige 3249 (4 Sitze), Mehrheitssozialisten 11 468 (16), Demokraten 9043 (13), Bürgerblock 14 983 (21).

Stralau: U. S. P. D. 1181, S. P. D. 901, Bürgerliche 542.

Schmargendorf. U. S. P. D. 627, S. P. D. 1256, Demokraten 734, Deutschnational 1176, Berufsstände (bürgerlich) 1634.

Die Machtfrage in Bayern.

Heute tritt der Rätekongreß des Volksstaats Bayern zusammen, um endgültige Beschlüsse über die Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in Bayern zu treffen. Das ruchlose Attentat der monarchistischen Gegenrevolution gegen Eisner hatte mit einem Schlag die bürgerliche Mehrheit des Landtags, die unter dem Zeichen kapitalistisch-klerikaler Wahldemagogie gewählt war, ausgeschaltet. Als die gegebenen Träger der Volksgewalt traten die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in den Vordergrund. Nur sie vermochten in Verbindung mit den sozialistischen Parteien das ausgebrochene Chaos zu meistern und den blutigen Bürgerkrieg zu verhindern.

Nun stehen sie vor der verantwortungsvollen Aufgabe, feste Fundamente für den zu errichtenden neuen Staatskörper zu schaffen. Die von uns bereits mitgeteilte Vereinbarung der Münchener Kommission zur Wiederherstellung der Einheit unter den sozialdemokratischen Gruppen hat die Richtlinien für diese staatliche Neuschöpfung geschaffen. Diese Richtlinien, die der bayerische Rätekongreß zu prüfen haben wird, schaffen insofern etwas Neues, als sie die Allmacht der bürgerlichen Parlamentsherrschaft durch die entsprechende Eingliederung des Rätesystems in die demokratische Verfassung einschränken und der werktätigen Arbeit jenes Gewicht in dem politischen und sozialen Leben verschaffen, das erforderlich ist zur Abwehr der sich regenden Konterrevolution und zum energischen Fortschreiten auf dem Wege des praktischen Sozialismus.

Es sind auch in München Bestrebungen im Gange, die eine solche Vereinigung der Demokratie mit dem Rätesystem als ein widerspruchsvolles Kompromiß zurückweisen. Die bürgerliche Presse schreit Zeter und Mordio und möchte lieber heute als morgen ihren Noske gegen München marschieren sehen. Und die Schreibweise des „Vorwärts" läßt erkennen, daß die rechtssozialistischen Führer gar nicht abgeneigt wären, solche Wünsche zu erfüllen.

Wir hoffen aber, daß sich die bayerischen Arbeiter von dem einmal eingeschlagenen Wege der Zusammenfassung der revolutionären Kräfte des Proletariats nicht abbringen lassen werden. Sie werden sich nicht auf den Weg der inneren Zerfleischung, des Bürgerkriegs innerhalb des Proletariats drängen lassen.

Voraussetzung für die Vermeidung der drohenden Gefahren ist der Zusammenschluß aller Arbeiter zur konsequenten Einhaltung jener revolutionären Linie, die das bayerische Proletariat unmittelbar nach der Ermordung Eisners in spontaner Aufwallung einschlug. Fortgeschwemmt waren mit einem Schlage die künstlichen Dämme, die die mehrheitssozialistischen Führer innerhalb des Proletariats aufgerichtet hatten. Fortgefegt waren alle Beschwichtigungs- und Einlullungsphrasen, mit denen von rechtssozialistischer Seite jede revolutionäre Aktion des Proletariats gehemmt wurde. Der Eindruck dieses revolutionären Erwachens war so mächtig, daß selbst die rückständige Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie sich, wenn auch widerwillig, der allgemeinen Strömung fügen mußte.

Es sind aber genügsame Anzeichen vorhanden, daß dieselben Elemente jetzt wieder am Werke sind, um die revolutionäre Bewegung in Bahnen zu lenken, die den Weimarer Herren wünschenswert erscheinen. Von hier aus drohen die schwersten Gefahren. Zeigt sich das bayerische Proletariat nicht einig und geschlossen in der Abwehr, läßt es sich durch Drohungen und Versprechungen abbringen von dem Wege der praktischen sozialistischen Politik, die ihre Ziele unbeirrt durch Vorstöße von rechts und links verfolgt, so treibt es rettungslos dem Chaos und dem blutigen Bürgerkriege entgegen.

Das Attentat gegen Auer.

Der „Vorwärts" bringt in seiner gestrigen Abendausgabe an leitender Stelle die Nachricht, das Attentat gegen Auer sei von dem Mitglied des revolutionären Arbeiterrats Alois Lindner verübt worden. Die Landtagswache sei mit ihm in Verbindung gestanden, während der Tat seien die ganzen Tribünen von Mitgliedern und Anhängern des revolutionären Arbeiterrats besetzt gewesen, die mit Handgranaten und Revolvern bewaffnet gewesen seien. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, Hagemeister, habe, nachdem die Schüsse gefallen waren, von der Tribüne heruntergerufen: „Das ist die Rache des Proletariats!" Der „Vorwärts" folgert daraus, daß er und seine Genossen über die Tat Lindners und ihre Motive im voraus orientiert gewesen sei, wie er überhaupt das ganze Attentat dem „unter unabhängigen und spartakistischen Einfluß stehenden revolutionären Arbeiterrat" in die Schuhe zu schieben sucht.

Die ganze Aufmachung der „Vorwärts"-Meldung fordert zu dem allergrößten Mißtrauen heraus, das um so berechtigter scheint, als der „Vorwärts", der nach dem ersten Schreck über die Ermordung Eisners einen lichten Augenblick hatte, neuerdings krampfhaft bemüht ist, Material für die neue frisch-fröhliche Hetze gegen das Münchener Proletariat herbeizuschaffen, um etwaigen gewalttätigen Eingriffen seitens der Reichsregierung den Boden zu bereiten.

Sollte sich indessen herausstellen, daß die „Vorwärts"-Nachricht den Tatsachen entspricht — und Aufklärung wird wohl sehr bald das unter Teilnahme aller Parteien eingesetzte Volksgericht bei dem Landgericht München verschaffen —, so würden wir selbstverständlich die Handlungsweise des Attentäters verurteilen. Unsere Partei hat immer den Standpunkt vertreten, daß jeder Akt individuellen Terrors auf das schärfste zu verurteilen ist und daß das Proletariat seine Ziele am ehesten mit Hilfe geistiger Waffen und der Anwendung seiner wirtschaftlichen Machtmittel durchzusetzen vermag. Damit akzeptierte freilich unsere Partei nicht den Standpunkt des tolstoianischen „Widerstrebet nicht dem Bösen!" Sie erkannte vielmehr bei der Abwehr der dem Proletariat und der Revolution drohenden Gewalt auch die Berechtigung der Gewalt als Kampfmittel des Proletariats an. Eben weil sie auf diesem Standpunkt steht, verurteilt unsere Partei alle terroristischen Gewaltmethoden, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Sie verurteilt sie, weil sie in dem Terror von rechts wie in dem Terror von links Methoden sieht, die geeignet sind, das Proletariat vom richtigen Wege abzudrängen, seine Zerrissenheit zu verewigen und der Gegenrevolution die Wege zu ebnen. Und sie wird selbstverständlich jede Maßnahme unterstützen, um die Schuld der Schuldigen vor aller Oeffentlichkeit in vollem Umfange aufzudecken, ohne, wie der „Vorwärts" und seine Weimarer Vorgesetzten das im Falle Liebknecht-Luxemburg tun — die Schuldigen und ihre Hintermänner mit allen Mitteln zu beschützen.

Der Beginn der Untersuchung.

Das Volksgericht bei dem Landgericht München hat folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Die Staatsanwaltschaft und das Volksgericht München haben aus Anlaß der Attentate auf die Minister Eisner und Auer, sowie der Tötung des Landtagsabgeordneten Osel sofort eingehende Erhebungen eingeleitet. Um die Möglichkeiten zu schaffen, dem Verfahren eine öffentliche Gestaltung zu geben, wird auf Veranlassung des Justizministeriums je ein Vertrauensmann der U. S. P., der Mehrheitssozialisten und der Bayrischen Volkspartei zu allen Untersuchungshandlungen zugezogen.

Komplott in München.

München, 24. Februar. (T.-U.) Von einem Mitgliede der Pressekommission des Zentralrates wird der „Telegraphen-Union" mitgeteilt:

Seit dem Tage des Attentates gegen den Ministerpräsidenten Eisner stellt sich je länger je mehr heraus, daß es sich um ein großzügig angelegtes vorbedachtes Komplott handelt, das monarchisch gesinnten Kreisen entspringt. Ohne Zweifel steht es auch im Zusammenhang mit dem Putsch vom Tage vorher, in dem der hohenzollernsche Prinz Joachim jedenfalls soweit eine Rolle spielte, daß man es vorzog, ihn nach dem Norden abzuschieben. Seit Sonnabend morgen ist der durch seinen Kirchenerlaß verhaftete Minister des Kultus, Hoffmann spurlos verschwunden. Es ist als sicher anzunehmen, daß er das zweite Opfer des Komplottes geworden ist. Mysteriöse Angriffe an verschiedenen Stellen der Stadt werden mit der Organisation des Komplottes im Zusammenhang gebracht. Um vor der vollkommenen Aufdeckung der Verbrecher weiteres Blutvergießen zu verhindern, hat sich der Zentralrat entschlossen, unter der Noblesse und unter den als reaktionär bekannten Kreisen Geiseln festzuhalten. Es handelt sich um vorderhand zirka 30. Die Inhaftierten, die gut versorgt und verpflegt werden, sind ihres Lebens und Besitzes versichert, solange keine weiteren politischen Attentate aus gegenrevolutionären Kreisen verfügt werden. Sollte diese Vorsichtsmaßregel nichts nützen, so ist damit zu rechnen, daß ein revolutionäres Gericht eingesetzt wird und alle, oder zum mindesten ein Teil der Geiseln das Leben verlieren werde. Es ist die Hoffnung der Arbeiterschaft und des Zentralrates, daß es dazu nicht kommen möge.

Politische Spannung.

Privattelegramm der „Freiheit".

München, 24. Februar.

Die „Neue Zeitung" bringt einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Gärung". Sie führt aus:

Die Mordrechnung hat getrogen. Wir wissen heute noch nicht, wer hinter dem Mordbuben, der unseren Genossen Eisner getötet hat, steht. Sicher ist, daß das Gegenteil der erhofften Wirkung eingetreten ist. Die gewaltige Bewegung in den Arbeitermassen hat sich noch mehr vertieft und verdichtet sich nun zu festen Forderungen. Mit besonderer Leidenschaft und Heftigkeit wird die Bewaffnung des Proletariats verlangt. Die Ereignisse haben bewiesen, daß hinter der Hetze der bürgerlichen Presse, hinter der Person des Meuchelmordes nicht die geringste reale Macht stand. Der Umstand, daß die feudal-kapitalistische Gegenrevolution den Meuchelmord als politisches Kampfmittel wählte, zeigt deutlich den Zustand der vollkommen politischen Ohnmacht, in dem sich diese Kreise befinden.

Keine noch so starke Truppenmacht vermag die Vorkämpfer der Revolution vor den Mordanschlägen einzelner zu sichern. Hierzu genügt vollkommen die Festnahme von Geiseln aus den höheren Gesellschaftsschichten, wie sie der Zentralrat bereits angeordnet hat.

Die Bewaffnung der Massen käme also nur dann in Frage, wenn von außen her eine Gefahr drohte, für die aber zur Zeit noch keinerlei Anzeichen vorliegen.

Die Wirkung, die der Mörder sich erhofft hatte, blieb nicht nur aus, sondern — das ist bezeichnend für die wirklichen Machtverhältnisse — gerade eine Verstärkung der Machtstellung der Arbeiterklasse ist eingetreten, ohne daß auch nur der geringste Versuch einer gegenrevolutionären Erhebung erfolgt wäre. Zur Sicherung genügt demnach vollkommen eine allerdings erhebliche Verstärkung der republikanischen Schutztruppe, für die nur die Elite des revolutionären Proletariats in Betracht käme. Die Reaktion hat in diesen Tagen auch ihre letzten Machtpositionen verloren. Dem 12. Januar ist jetzt der 21. Februar gefolgt. Mächtige Persönlichkeiten wirken im Tode oft noch stärker als im Leben. Aus Führern werden sie zu Propheten. Den Schuldigen am Tode unseres Führers mag es furchtbar ins Ohr dröhnen:

Eine Zeit wird kommen, wo mein Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als die Stimme, die Ihr meuchlings ermordet habt!

*

München, 23. Februar. (Privattelegramm der „Freiheit".) Der Zentralrat der Republik Bayern hat heute nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Laut Beschluß des Zentralrats sind zum Schutze der Revolution bestimmte Persönlichkeiten als Geiseln in Schutzhaft gesetzt worden. Die Sicherheit der Verhafteten wird verbürgt, solange keine Attentate aus konterrevolutionären Bestrebungen unternommen werden.

gezeichnet: Niekisch, Sauber, Sandorfer.

München, 24. Februar. Der Zentralrat ordnete für den Bestattungstag Eisners, den 26. Februar, vollkommene Arbeitsruhe, Beflaggung der Häuser und feierliches Geläut aller Kirchenglocken an.

München, 24. Februar. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für militärische Angelegenheiten ist vom Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte der bisherige Regierungsvertreter im bayerischen ersten Armeekorps Scheid beauftragt worden.

Augsburg, 24. Februar. Ganz Augsburg steht unter der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates; die wichtigsten Gebäude, wie Bahnhof, Post und Rathaus sind stark mit Truppen besetzt. Der gestrige Sonntag ist ziemlich ruhig verlaufen, gelegentliche Absperrungen fanden statt. Die Straßenbahnen dürfen nur bis 8 Uhr abends verkehren. Die bürger-

[illegible] gelungen sind auf 4 Tage verboten, nur die sozialdemokratische „Augsburger Volkszeitung" erscheint ungehindert, daneben unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrates ein Nachrichtenblatt für die Bezieher der bürgerlichen Zeitungen.

In der gestrigen außerordentlichen Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde zum weiteren Ausbau des Rätesystems ein 10gliedriger Ausschuß aus beiden sozialistischen Parteien beauftragt, baldmöglichst Vorschläge zur Ueberwachung der Behörden zu machen; alle Offiziere und reaktionär wirkenden Mitglieder der höheren Dienststellen sollen baldigst entlassen oder beurlaubt werden. Die Vergnügungsstätten, Theater, Kinos usw. sind geschlossen der Zugverkehr auf dem hiesigen Bahnhofe ist unter Vorbehalt wieder zugelassen. Nach den Mitteilungen des Arbeiter- und Soldatenrats haben die Ruhestörungen vier Tote und sechs bis acht schwerer Verletzte gekostet.

Deutsche Nationalversammlung

14. Sitzung vom 24. Februar 1919.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die erste eventuell zweite Beratung des von den Abg. Loebe (Soz.), Groeber (Z.), v. Payer (Dem.) und Dr. Rießer (D. Vpt.) eingebrachten Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, an zweiter Stelle die erste Beratung des Entwurfs einer Verfassung für das Deutsche Reich.

Präsident Fehrenbach schlägt dem Hause die Umstellung der beiden Gegenstände vor.

Abg. Haase (U. Soz.) erhebt Widerspruch gegen den Eintritt in die erste Beratung des Verfassungsentwurfes, da er erst am Sonntag zur Verteilung gelangt sei und ihm eine schriftliche Begründung fehle. Die Geschäftsordnungsvorschrift, daß in die erste Lesung frühestens am dritten Tage nach der Verteilung eingetreten werden dürfe, müsse besonders in diesem Falle strikt beobachtet werden. Das gleiche gelte übrigens auch von dem anderen Gegenstande der heutigen Tagesordnung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte entscheidet die Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der U. Soz. für die Zulässigkeit der Entgegennahme der Begründung durch den Reichsminister des Innern Dr. Preuß.

Reichsminister des Innern Dr. Preuß verteidigt sichtlich mit halben Herzen den Entwurf. Unter anderem sagt er: Es ist richtig: man vermißt nicht mit Unrecht, namentlich, wenn man den augenblicklichen Zustand vergleicht, etwa mit der Stimmung beim Anfang der Tagung in der Paulskirche in Frankfurt, den großen Schwung der Stimmung für die revolutionäre Verfassung, aber übersehen wir darüber auch ein Anderes nicht: es ist hier in zweimal 24 Stunden die vorläufige Verfassung zustandegebracht worden — etwas, was wir in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben, und es ist jetzt auch in ganz kurzer Zeit dieser Entwurf vorbereitet worden, wobei nur drei Punkte strittig geblieben sind, von denen auch nur einer grundsätzliche Bedeutung hat. Freilich, ich verkenne nicht, der organisatorische Grundgedanke konnte nicht in klarer Eindrücklichkeit restlos durchgeführt werden; er hat Abbiegungen, Ausnahmen erleiden müssen. Es kommt jetzt darauf an, der Fortbildung die Bahn freizuhalten, dann erfüllt das Verfassungswerk seine hohe Aufgabe. Die Staatsgewalt liegt beim Volk, das ist der leitende Grundgedanke der freistaatlichen deutschen Verfassung.

Einen geeinten, freien, nationalen Staat wollen wir organisieren, aber nicht in nationalistischer Abschließung. Wie einst die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Kreis der alten Staatenwelt eintraten mit dem Bekenntnis zur bindenden Kraft des internationalen Rechts, so bekennt sich die junge deutsche Republik in Artikel 3 zur Geltung des Volksrechts, und Artikel 63 weist auf den erhofften künftigen Träger und Fortbildner des internationalen Rechts hin, den Völkerbund. Aber eine unerläßliche Voraussetzung ist dabei: die deutsche Demokratie kann nur den Völkerbund begrüßen, der selbst eine wahrhaft demokratische Verfassung hat, der die Freiheit und Gleichberechtigung aller seiner Glieder ohne Rückhalt und Vorbehalt anerkennt. Wir wollen keine Bürger minderen Rechts in unserem Reich, aber wir wollen auch nicht Glieder minderen Rechts in einem Völkerbund sein. (Sehr richtig!) Ein umfangreiches und nicht ohne allerlei Komplikationen zu lösendes Ziel des Verfassungsentwurfes ist die Arbeitsteilung zwischen Reich und Gliedstaaten, die Kompetenzabgrenzung.

Hier muß der Minister selbst konstatieren, daß der Entwurf unbefriedigend ist; in der Militär- wie in der Verkehrsfrage ist der Partikularismus nicht überwunden worden. Ebenso gibt Preuß selbst die Mängel an, die der Umwandlung der Bundesstaaten entgegenstehen und ist auch von der Einrichtung des Reichsrats nicht entzückt. Im übrigen ist in der Organisation der Reichsgewalten selbst der demokratisch-republikanische Standpunkt als Leitgedanke rein und klar zur Durchführung gekommen. Die Legislaturperiode ist auf drei Jahre vorgesehen, kürzer als bisher. Allzu kurze Legislaturperioden schwächen die Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung. Neben dem Reichstag stellt der Verfassungsentwurf den unmittelbar aus Volkswahlen hervorgehenden Reichspräsidenten. Daß an die Spitze eines Siebzigmillionenreiches ein Präsident treten muß, bedarf keiner Begründung (?). Notwendig erscheint es mir, neben das unmittelbar aus rein demokratischen Volkswahlen hervorgehenden Parlament eine durch dieselbe demokratische Grundlage geschaffene starke Präsidentengewalt zu stellen. Das parlamentarische System verlangt ein solches Gleichgewicht der Gewalten.

Der unmittelbare Einfluß, den das Parlament auf Regierung und Verwaltung ausübt, gibt dem Parlament selbst sein frisches politisches Gesicht und ermöglicht die Auslese der politischen Führer durch das Parlament. Indem Reichsregierung und Staatsausschuß den Entwurf der Verfassung dem Hohen Hause übergeben, legen sie die alleinige endgültige Entscheidung in Ihre Hand. Leite Sie bei Ihrem Werk die Stimme des größten inneren Staatsmannes unserer Vergangenheit, des Freiherrn v. Stein: Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland. Deshalb kann ich auch nur dem gesamten Deutschland und nicht einem Teil davon mit ganzer Seele ergeben sein. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr: Reichswehrgesetz.

Störung der Stadtverordnetenwahlen?

Düsseldorf, 24. Februar. Wolffs Bureau meldet: Die Stadtverordneten-Wahlen wurden durch bewaffnetes Einschreiten der Spartakisten gestört. Bereits am Sonnabend abend verlangten bewaffnete Männer von einigen Wahlvorstehern die Herausgabe der Wählerlisten, es konnte daher in den betreffenden Bezirken nicht mit der Wahl begonnen werden. Gestern abend erschienen mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete Spartakisten in den meisten Wahllokalen der inneren Stadt und in den Vororten, nahmen die Wahlurnen ud Wahllisten gewaltsam an sich und verbrannten sie auf der Straße oder warfen sie in den Rhein. In mehreren Fällen kam es zu lebhaften Schießereien, wobei ein Ingenieur durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde. Da die Erstürmung der Wahllokale in allen Stadtteilen fast zu gleicher Zeit losging, muß angenommen werden, daß es sich hierbei um einen vorher festgelegten Plan der jetzigen Machthaber handelt.

Wenn diese Nachricht wirklich zutrifft, müßte man die Sabotage der Stadtverordnetenwahlen als einen törichten Streich verurteilen.

Aufstand in Moskau?

Amsterdam, 24. Februar. Den „Times" wird aus Helsingfors gemeldet, daß nach einem amtlichen bolschewistischen Bericht in Moskau ein neuer Aufstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen ist. Die Sozialrevolutionäre wollten die gesamte Regierung Lenins während einer Sitzung im Kreml gefangennehmen. Sie erhielten mit Hilfe falscher Papiere und durch Verrat des Kommandanten Einlaß. Der Aufstand scheint jedoch durch außerordentliche Maßregeln der Bolschewistenbehörden unterdrückt zu sein. 50 Angehörige der Sozialrevolutionäre wurden verhaftet, darunter Frau Spiridonowa.

Gewerkschaftliches.

Die Schuhmacher gegen die Gewerkschaftsbureaukratie.

In drei aufeinander folgenden Versammlungen nahmen die im Zentralverband der Schuhmacher (Verwaltungsstelle Berlin) organisierten Schuhmacher Stellung zu den Fragen während des Krieges und der heutigen Zeit. Einleitend gab der Bezirksleiter, Kollege Hamacher, den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr. Die Schuhmacher seien gezwungen gewesen, sich in die Kriegsindustrie zu retten, und erst nach Einsetzung der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter, sowie der Betriebswerkstätten der Kommunen, seien sie zum Teil wieder in ihren alten Beruf zurückgekehrt. Uebergehend auf die Lohnverhältnisse erklärt der Berichterstatter den Abschluß des Reichstarifs für günstig. Mit den Unternehmern zusammen sei ein paritätischer Arbeitsnachweis in der Gormannstraße errichtet. Den Kassenbericht gab Kollege Bendig. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse beliefen sich auf 83 135,70 Mark, die der Lokalkasse auf 34 554,10 Mark. Der Kassenbestand war am 31. Dezember 1917 23 002,18 Mark, am 31. Dezember 1918 23 036,28 Mark, der der lokalen Zuschußkasse am 31. Dezember 1917 6206,68 Mark, am 31. Dezember 1918 6802,34 Mark. Die Mitgliederzahl ist von 1200 auf über 2548 gestiegen. In der Diskussion nahm Kollege Vollmerhaus das Wort und kritisierte in längeren Ausführungen das Verhalten der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission. Auch in der Sozialisierungsfrage hätten die Gewerkschaften versagt. Zu dem Verhalten der Gewerkschaften in bezug auf die Arbeiterräte meinte der Redner, daß in diesen die Gewerkschaftsangestellten eine Bedrohung ihrer persönlichen Existenz erblicken und sie daher bekämpfen. Die Wichtigkeit der Arbeiterräte für die bevorstehenden Aufgaben sei aber groß, und deshalb müsse bei der Neuwahl zur Ortsverwaltung die Stellungnahme der Kandidaten in dieser Hinsicht berücksichtigt werden. In der weiteren Diskussion verteidigten die Kollegen Hamacher, Bohm und Simps die Politik der Gewerkschaften. Hamacher bezweifelte eine Sozialisierungsmöglichkeit der Schuhindustrie. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Hamann, sprach dem Rätesystem jede Bedeutung ab. Kollege Dolly verteidigte seine Propagandavorträge für die Kriegsanleihe im Bekleidungsamt und ging zu persönlichen Angriffen auf Vollmerhaus über. Die Kollegen Wussow und Krause ergänzten die Ausführungen des Kollegen Vollmerhaus und dieser selbst nahm noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß durch die bereits monopolisierte Lederindustrie die Schuhindustrie leicht zu sozialisieren sei. Er empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

„Die Generalversammlung der Schuhmacher (Verwaltungsstelle Berlin) verurteilt aufs schärfste die Politik der Gewerkschaften, der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission während des Krieges und insbesondere vom Tage der Revolution bis heute. Nachdem der Vollzugsrat der A- und S.-Räte der Berliner Gewerkschaftskommission die Vollzugsgewalt übertragen hatte, hat sie unter Vernachlässigung ihrer Machtfülle den Arbeitgebern geradezu in die Hände gearbeitet, so daß die Arbeiterräte in ihren schon errungenen Positionen fast zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wurden. Die Schuhmacher erblicken aber in der Fortbildung der Arbeiterräte die unbedingte Notwendigkeit zur Weiterführung der Revolution und beauftragen die Ortsverwaltung, sich mit dem Vollzugsrat zwecks Wahl von Arbeiterräten für die Berufe, die zur Zeit nicht teilnehmen konnten, in Verbindung zu setzen. Da insbesondere die oben erwähnten Instanzen ihren Hauptstützpunkt in den Gewerkschaftsangestellten haben, lehnt die Generalversammlung die Wiederwahl solcher Angestellten ab, die die Politik der Gewerkschaftsinstanzen gutheißen und dafür eintreten."

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Bei der nun folgenden Wahl zur Ortsverwaltung wurden gewählt: als 1. Bevollmächtigter Vollmershaus mit 225 Stimmen (126 Stimmen fielen auf Hamann); ferner wurden gewählt zum Kassierer Bendig, Schriftführer Müller, 2. Kassierer Böhlert mit 278 Stimmen (der Angestellte Dolly erhielt 68 Stimmen), 2. Vorsitzender Blaffert, zu Revisoren Mattink, Hörtz, Holzgräfe und Drasper, zu Delegierten für die Bezirkskonferenz Vollmerhaus, Mattink, Wussow und Flemming. In die Schlichtungsausschüsse für Militär- und Zivilschuhwerk wurden gewählt Wussow und Neupert, in den Fortbildungsschulrat Hörtz.

Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse berichtete Hamann, daß die geforderten Lohnerhöhungen von der Lokalinstanz an den Zentralschlichtungsausschuß verwiesen seien, von diesem aber an die einzelnen Betriebe zur Verhandlung zurückverwiesen, welche jetzt im Gange seien. Hierzu liegt ein Antrag Bohm vor, welcher besagt, daß nicht allein die Kollegen der einzelnen Betriebe, sondern die Gesamtheit der Kollegen über die eventuellen Zugeständnisse der Unternehmer votieren sollen. Zur weiteren Erörterung dieses Punktes wurde die Versammlung vertagt.

Tarifbewegung in der Rohrlegerbranche.

Am Sonntag vormittag fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentlich stark besuchte Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins statt, die zu einem neuen Tarifvertrag Stellung nahm. Dieser Tarifentwurf sieht einen Stundenlohn von 3 M. für Rohrleger (Monteure), 2,85 M. für Hilfsmonteure und Junggesellen im ersten Jahre nach der Lehrzeit, 2,75 M. für Lehrlinge und 2,70 M. für Helfer vor. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 46½ Stunde nicht überschreiten. Ueberstunden müssen in der nächstfolgenden Woche abgezogen werden. Entlassungen dürfen erst nach Reduzierung der Arbeitszeit bis auf 30 Stunden vorgenommen werden. Bei außerordentlich schmutzigen Arbeiten soll ein Zuschlag von 50 Prozent sowie die Wasch- und Reparaturkosten vergütet werden. Bei Ueberstunden von der 8. bis 10. Stunde soll ein Zuschlag von 50 Prozent darüber und für Sonntagsarbeit ein solcher von 100 Prozent gezahlt werden. Der Entwurf wurde von der Versammlung mit einigen Ergänzungen einstimmig angenommen. Die Ausführungen des Branchenleiters Kollegen Kraetz, der auf die große Wichtigkeit der Arbeiterräte hinwies, fanden lebhaften Beifall.

Groß-Berlin.

An unsere Postabonnenten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Zustellung der „Freiheit" durch die Post nur dann pünktlich und regelmäßig erfolgen kann, wenn die Postbezieher das Abonnement rechtzeitig

bei ihrem Postamt

aufgeben, bzw. erneuern.

Bei Bestellung des Postabonnements an die Expedition übernehmen wir keine Garantie für pünktliche Zustellung.

Die Erneuerung des Postabonnements muß spätestens drei Tage vor Ablauf jedes Quartals erfolgen, Neuanmeldungen auf Postbezug können jederzeit stattfinden.

Verlag und Expedition „Die Freiheit".

Die Besetzung des „Vorwärts".

Das Gericht hat gestern in den sogenannten Spartakusprozessen das erstemal eine größere Anzahl von Strafsachen zusammengefaßt, die eine Einheit bilden, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden. Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I hatten sich gestern die Angeklagten Paul Schulz, Willi Jaeckel, Johannes Kugelann, Karl Bujakowski, Walter Segor, Emil Dettmer, Kurt Thiele, Gustav Zander, Gustav Kaminsky und Adolf Jankwitz, die sämtlich zur „Vorwärts"-Besatzung gehörten, wegen Aufruhr usw. zu verantworten.

Sämtliche Angeklagten — mit einer Ausnahme Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie — bestritten, sich unbefugt einem bewaffneten Haufen angeschlossen zu haben in der Absicht, Widerstand gegen die Staatsgewalt zu leisten oder Gewaltätigkeiten zu begehen. Der Angeklagte Kugelmann z. B. hielt die Besetzung des „Vorwärts" für eine Angelegenheit der Berliner Arbeiterschaft, die nur die beiden politischen Parteien etwas anginge. Und erst als Scheidemann seine Anhänger zu den Waffen rief, hielt er es für seine Pflicht, den „Vorwärts", der ursprünglich das rechtmäßige Eigentum der radikalen Berliner Arbeiterschaft war, zu verteidigen. Bujakowski als grundsätzlicher Gegner des sozialistischen Bruderkrieges, hat sich lediglich als Vermittler betätigt. Er hat schon am 6. Januar in Gemeinschaft mit Hauptmann v. Beerfelde in der Reichskanzlei eine Verständigung mit den Volksbeauftragten zu erzielen versucht, zuletzt noch am Freitag die „Vorwärts"-Besatzung zum Niederlegen der Waffen beeinflußt. Durch den Angriff der Regierungstruppen sind diese Versuche zunichte gemacht worden. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Weinberg wurde in dieser Sache Herr Hauptmann v. Beerfelde als Zeuge vernommen. Er hat am 6. Januar versucht, bei Ebert und Scheidemann seinen Einfluß geltend zu machen, eine Verständigung zwischen beiden Parteien zu erzielen, ist aber mit dem ihn aufs tiefste empörenden Eindruck hinweggegangen, daß die Regierung keine Einigung wollte. Den Angeklagten Bujakowski hatte er mit hineingenommen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, einen „Spartakisten" persönlich kennen zu lernen.

In seiner Anklagerede betonte der Staatsanwalt diesmal stark die politische Bedeutung dieses Prozesses, ohne sich jedoch zu einer objektiven Würdigung der revolutionären Ereignisse aufschwingen zu können. Die von den Angeklagten geschilderten Grausamkeiten der Regierungstruppen in der Dragonerkaserne suchte er durch die Erbitterung der Soldaten gegen die „Spektakelleute" zu entkräften. Das Mindeststrafmaß von 6 Monaten könne bei keinem Angeklagten in Frage kommen, er beantragte Strafen von 8 Monaten bis zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis!

Rechtsanwalt Dr. Weinberg betonte in seiner Verteidigungsrede wieder die Schuld der Regierung an dem Blutvergießen. Den Ausdruck des Staatsanwalts „Spektakelleute" zurückweisend, beruft er sich auf das Urteil des Kultusministers Haenisch, der in einer Erklärung über den Primaner Liebknecht wohl von einem intellektuellen Fehler spricht, aber nicht von einem sittlichen.

Dr. Rosenfeld protestierte gegen die enorme Höhe des vom Staatsanwalt empfohlenen Strafmaßes und berief sich dabei auf einen Artikel des Redakteurs Paul Block im „Berliner Tageblatt", der die Richter vor Abschreckungsstrafen warnt und empfiehlt, mehr politische Ueberlegung nach Moabit zu importieren. Auf die vom Staatsanwalt angeschnittene Eigentumsfrage des „Vorwärts" eingehend legte der Verteidiger die Entwicklungsgeschichte des Parteiorgans der immer als radikal bekannten Berliner Sozialdemokraten dar, wie nach dem Tode Bebels und Singers, Leute zufällig Firmenträger des „Vorwärts" wurden, die sich bei der Spaltung der Partei auf die Seite der Rechtssozialisten schlugen.

Auch der letzte Verteidiger Liebknecht protestierte gegen das Herabziehen der aus idealen Motiven entsprungenen Bewegung durch die Bezeichnung des Staatsanwaltes mit dem Ausdruck „Spektakelleute". Durch diese dauernde Verhetzung und Verbreitung unwahrer Nachrichten ist es zu den explosionsartigen Ausbrüchen gekommen. Statt auf die Ursachen des Konflikts einzugehen — der Verteidiger wies auf die lange Dauer des Krieges hin — wurde gegen die Leute gehetzt und nach Gewalt gerufen. Es ist nur zu erklärlich, daß sich der Zorn der Arbeitermassen gegen die Presse richtete, die sie so lange auf das schmutzigste bekämpft und belogen hat. — Er sowie die beiden anderen Verteidiger beantragten Freisprechung sämtlicher Angeklagter, evtl. nicht über das Mindestmaß hinauszugehen.

Das Urteil des Gerichts lautete für Schulz 10 Monate, für Jaeckel und Kugelann je 9 Monate, für Bujakowski, Segor, Dettmer, Thiele, Kaminsky je 6 Monate, für Zander und Jankwitz je 8 Monate Gefängnis! Bujakowski, Segor, Dettmer, Thiele und Kaminsky wurden auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

Achtung! Arbeiter- und Soldatenräte der U. S. P. D.!

Am Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet eine Fraktionssitzung der U. S. P. D.-Arbeiter- und Soldatenräte im Herrenhause, Leipziger Straße, Sitzungssaal, statt. Es wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.
Petersdorf. Malzahn.

Dazu ist Geld da.

In den Betrieben der Schultheiß-Brauerei A.-G., Berlin, ist vom Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend zum Aushang gebracht:

Zeitfreiwillige!

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat in seiner Sitzung vom 20. d. M. — vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs — beschlossen, denjenigen Angestellten und Arbeitern, die sich als Zeitfreiwillige zu den aufgestellten Sicherheits- und Schutzformationen gemeldet haben bzw. noch melden, für die Zeit der vorübergehenden Einberufung zur Dienstleistung an diese Formationen freiwillig die Lohn- und Gehalts- bzw. sonstigen Einkommenbezüge weiter zu zahlen. — Wie entgegenkommend. Dazu ist Geld vorhanden.

Groß-Berliner Arbeiterräte.

Am Mittwoch, den 26. Februar 1919, vormittags 10 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, Berlin, Alexanderplatz, Großer Saal, eine Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte statt.

Tagesordnung: Einberufung eines Zentralkongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Alle Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins mit Ausnahme der kommunalen Arbeiterräte werden ersucht pünktlich zu erscheinen. Die Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte wird noch bekanntgegeben.

Der Vollzugsrat
des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.
gez.: Richard Müller. gez.: Paul Neue.

Von einem falschen Sicherheitsbeamten wurde einem Arbeiter bei einer Visitation die Brieftasche mit wertvollen Papieren gestohlen. Wer näheres mitteilen kann, wird um Nachricht an Hermann Zwarz, Beusselstraße 57, gebeten.

„Die Bedeutung und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten", lautet das Thema, über welches am Dienstag, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, der ärztliche Leiter der städtischen Fürsorgestelle für Geschlechtskranke, Dr. Lewin, in der Aula der Realschule, Boddinstraße 34/35, sprechen wird. Der Vortrag ist mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet und für jedermann (Männer und Frauen), unentgeltlich.

Lehrer und Lehrerinnen aller Schulen, U. S. P., Seminaristinnen und Seminaristen. Wichtige Vorbesprechung im Gewerkschaftshause am Engelufer 15, 8 Uhr abends im Saal 10.

Sozialistische Studentenpartei. Donnerstag, 27. Februar, 7½ Uhr, öffentliche Versammlung im Mommsen-Gymnasium, Wormser Straße 11. Hellmut v. Gerlach spricht über „Deutschlands Außenpolitik bis zum Beginn und während des Krieges".

Funktionäre des Siemens-Konzerns! Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Flugzeughalle in Siemensstadt Versammlung der Arbeiterräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse, Vertrauensleute.

Turnverein „Fichte". Nachstehende Abteilungen turnen in der Gotenburger Straße 4: 2. Frauen-Abteilung Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr; 6. Schülerinnen-Abteilung Montag und Donnerstag von 6—8 Uhr; 17. Männer- und Jugend-Abteilung Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr, 5. Schüler-Abteilung Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr.

Oranienburg. Das Gewerkschaftskartell Oranienburg hat sich in einer am 21. d. M. im „Stralsunder Hof" stattgefundenen Sitzung neukonstituiert. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Hohenstein, Stralsunder Straße 14, Obmann; Wegener, Liebigstr. 14, **Kassierer:** Strobel, Waldstr. 16, Schriftführer; Wilde, Lisowski, Schmidt, Revisoren. Die einzelnen Verbände werden gebeten, die Zusammensetzung ihres Vorstandes, die Zahl der Delegierten und die genauen Adressen derselben dem Schriftführer des Kartells, dem Kollegen Robert Strobel, Oranienburg, Waldstr. 16, mitzuteilen, damit die Einladungen für die nächste Sitzung rechtzeitig ergehen können.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Donnerstag in den Bezirken der 15., 22., 25., 32. und 244. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse; in den Bezirken der 22., 24. bis 28., 38, 39, 40., 13. und 197. Brotkommission und bis Freitag in den Bezirken der 23., 29., 33., 225. und 244. Brotkommission pro Kopf ¼ Dose Wurstbrotaufstrich.

Tegel. Es gelangen zur Verausgabung: a) in den Kleinhandelsgeschäften auf Abschnitt 101 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 100 Gramm Graupen für 9 Pf., auf Abschnitt 105 400 Gramm Marmelade für 80 Pf; b) in der Gemeindeverkaufsstelle auf Abschnitt 29 der Sonderlebensmittelkarte für Jugendliche 1 Paket Morgentrunk für 45 Pf.

Reinickendorf. Diejenigen unserer Einwohner, die noch im Besitze eines Oelscheines sind, auf dem sie von dem letzthin verteilten beschlagnahmten Oel nichts mehr erhalten konnten, werden gebeten, sich Dienstag vormittag im Verwaltungsgebäude, Zimmer 31, mit ihrem Schein einzufinden, um Ersatz dafür in Empfang zu nehmen. — Auf Abschnitt 112 der grünen Lebensmittelkarte gelangen Gemüsekonserven (Spargel und Erbsen) zur Ausgabe. Eine Auswahl der Sorten ist nicht gestattet. Die Konserven sind nicht haltbar, müssen sogleich verbraucht werden und wird keine Garantie übernommen. Auf je 3 Karten dürften 2 Dosen entfallen. Die Ausgabe erfolgt je nach Eingang und wird noch bekanntgegeben.

Nowawes. Es werden bei den Kleinhändlern ausgegeben: 100 Gramm Grieß zum Preise von 10 Pfg. auf den Abschnitt 99 sowie 250 Gramm Marmelade zum Preise von 50 Pfg. auf den Abschnitt 104 der Lebensmittelkarte. Die Ausgabe der Ware findet vom Freitag, den 28. Februar bis Sonntag den 2. März statt. — Die Ausgabe neuer Milchkarten an die Empfangsberechtigten findet gegen Vorlage des Milchausweises bzw. des Bewilligungsschreibens in der Priesterstr. 81 an folgenden Tagen von 8—1 Uhr statt: Dienstag für die Bezirke 1, 2, 3, Mittwoch für die Bezirke 4, 5, 6, 7, Donnerstag für die Bezirke 8, 9, 10, Freitag für die Bezirke 11, 12, 13, Potsdamer Forst, Babelsberg und Bergstücken.

Aus den Organisationen.

8. Kreis. Mittwoch, den 26. Februar, abends 7 Uhr: Frauenleseabend in der Schulaula Dresdner Str. 113. Vortragende: Genossin Frau Dr. Wegl.

5. Kreis. Die heutige erweiterte Vorstandssitzung findet umständehalber nicht Alte Schönhauser Straße, sondern Joststraße 7, bei Porzleit, statt.

Achtung! Hohen-Neuendorf. Mittwoch, den 26. Februar, abends 7½ Uhr: Oeffentliche Wählerversammlung bei Klaus. Thema: Sozialistische Gemeindepolitik. Referent: Gemeindevertreter, Genosse Klubig, Pankow. — Dienstag, den 25. Februar, Wahlarbeitseinteilung bei Klaar, Schönfließer Straße. Wahlbureau für die Wahl am 2. März bei Ruhemund. Als Kandidaten sind aufgestellt: 1. Robert Fink. 2. Frau Ida Link. 3. Georg Müller. 4. Frau Auguste Sachse. 5. Gottlieb Riebe. 6. Karl Strasen. 7. Frau Auguste Horsch. 8. Willi Heinz. 9. Max Grohman. 10. Ernst Bülow. 11. Fritz Ruppin.

Cöpenick. Mittwoch, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im „Schweizergarten" Wahlvereinsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Achtung „Freiheit"-Leser! Am 1. März übernehmen wir die Spedition der „Freiheit". Als Spediteur ist Genosse Aug. Noack, Grünauer Straße 1, gewählt worden (Zigarrengeschäft). Um eine geordnete Zustellung der „Freiheit" ermöglichen zu können, ersuchen wir alle „Freiheit"-Leser, bis zum Freitag, den 28. Februar, ihre Adressen in folgenden Lokalen bekanntzugeben: Für die Dammvorstadt bei Lehmann, Bahnhofstr. 44, für die Alt- und Kietzvorstadt bei Joch, Kietzer Straße 1, und Ehrenberg, Elisabethstr. 2, für die Kölnische Vorstadt in der Spedition, Grünauer Straße 1. Außerdem können die Adressen noch bei folgenden Genossen abgegeben werden: Fritz Heidrich, Bergmannstr. 18, Alfred Rebe, Elisabethstr. 6, Wilhelm Mast, Grünauer Straße 33a.

„Freie Jugend", Berlin-Lichtenberg. Dienstag, den 25. Februar, im Jugendheim, Dossestr. 24, Gruppenversammlung. Bericht aus der Reichskonferenz.

Freie Jugend Friedrichshagen. Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Schulstr.: Oeffentliche Jugendversammlung. Thema: Jugend und Militarismus.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlag „Die Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Wilhelm Kayssler. 7½ Uhr: Z. I. M.: Gas.
Opernhaus. Neu einstudiert. 7 Uhr: Josef in Egypten.
Schauspielhaus. 7 Uhr: Kreuzelschreiber.
Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Kammerspiele. 7½ Uhr: Fasching.
Kleines Schauspielhaus. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Lessing-Theater. Direkt. Victor Barnowsky. 7 Uhr: Der König. Mittwoch: Der Blaufuchs. Donnerstag: Der König.
Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 7½ Uhr: Nachtbeleuchtung.
Central-Theater. 7½ Uhr: Die Rose von Stambul.
Deutsch. Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.
Friedrich-Wilhelmst.-Theater. 7½ Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.
Kleines Theater. 8 Uhr: Henriette Jacoby.
Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus. 7½ Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater. 7 Uhr: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm. 7½ Uhr: Die keusche Susanne.
Palast-Theater. 7½ Uhr: Die im Schatten leben.
Schiller-Theater Charlottenburg. 7½ Uhr: Die große Pause.
Thalia-Theater. 7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.
Theater des Westens. 7½ Uhr: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater. 7½ Uhr: Geisha. Sonntag 3 Uhr: Graf v. Luxemburg.
Rose-Theater. 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Walhalla-Theater. 7½ Uhr: August der Starke.
Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Der Schlager der Spielzeit. Das neue Berliner Volksstück: Vater Knolle. Dann erstklassige Spezialität. Sonnt. 3½ Uhr: Die weiße Dame.
Wintergarten. täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Eintritt frei! Kunst — Humor. Lieban-Kabarett. Künstler-Diele. Taubenstr. 34. Ab 4 Uhr: Orchester. von 6—7½ Uhr: das große Programm. Ab 7½ Uhr: Tanz. Echt russischer Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck, ff. Weine, ff. Küche. Zivile Preise.

METROPOL Kabarett. Behrenstr. 53-56. Dir. Alex Braune. Hansi Tischler, Albe Zolk, Norma & Fernand, Lanzigs? — Dugson, Elli Glässner, Otto Röhr, Robert Steidl. Kurzes Gastspiel der Alexandra Milowanowa. Vorzügliche Küche.

Kleine Anzeigen

Harmonium mit eingebautem Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielb. 68 M. Salonharmonium 675 M. Pedalharmonium 245 M. Harmonium-Spielapparat m. 100 Noten 95 M. (ev. Ratenzahlung). Berger & Co., Oranienstr. 166. Privatverkauf III. Etg.

Gitarrezithern mit Unterlegnoten 28.—, große 6-akkordige 38.— (Ladenpreis ca. 50.— bis 60.—). Mandolinen, Gitarren 45.—, erstklass. 85.—, Konzertlaute 125.— bis 145.—, Schülerviolinen 45.—, Konzertgeigen mit Etui 85.—, Künstlerviolinen 145.—. Unterricht 8.— Monatshonorar (10 ständige Schnellkurse). Ernst, Oranienstr. 166. III.

Platina Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Piano oder Flügel, [illegible] Harmonium, kauft Schachtschneider, [illegible] 14, III. [illegible]

Schönschreiben. Stenographie, Maschinenschreiben, Buchführung lehrt gründlich Kaufmännische Privatschule Reil, Inh. Gustav Jahn, Bülowstraße 25, Hochbahn.

Vorteilhafte Gelegenheit! 10 000 Dosen Schuhcreme mit 30 Gramm Inhalt räumungshalber zur Hälfte des Wertes abzugeben. 30 Pf.) Richard Krämer, Berlin-Lichterfelde-Ost, Jungfernstieg 29.

Erkenntnis und Befreiung. Halbmonatsschrift des herrschaftslosen Sozialismus; für soziale u. geistige Neukultur im Sinne des Friedens, der Gewaltlosigkeit und individuellen Selbstbestimmung. Mit Beiträgen von: E. Ramus, R. Oestreicher, G. Landauer, [illegible] u. a. Preis halbj. Postbezug Mk. 7.50, vierteljährl. M. 3.75. Probenummer versendet kostenlos R. Großmann, Klosterneuburg b. Wien, [illegible] 287.

Achtung! Achtung! Oberschöneweide. Die Spedition der „Freiheit" befindet sich Bismarckstraße 26, II bei Kaul.

Rosa Luxemburg Karl Liebknecht-Gedächtnisheft der „Aktion". Mit vielen Arbeiten der Ermordeten. Preis Mark 1.60. Organisationen und Wiederverkäufer hohen Rabatt! Zu beziehen durch den Verlag der „Aktion" Bln.-Wilmersdorf. Neuhinzutretenden Abonnenten wird das Sonderheft unberechnet geliefert.

Siemensstadt. „Die Freiheit" wird den Lesern vom 1. März ab durch Botenfrau zugestellt. Die Spedition befindet sich Wattstr. 13, bei Nowottny.

Liebknechts Postkartenphotographie für den Verkauf in Versammlungen, 50 Stck. 2.75. Wilhelm, Gitschinerstraße 38.

Vertikow fast neu zu verkaufen, Kolonnenstraße 120, I. Quergeb. bei Mathe.

Eckrestaurant, gutgehend, krankheitshalber verk. Eberl, Alvenslebenstrasse 6.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. eins. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teitz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute, Händler verb.

Verkaufe äußerst billig [illegible] Gardinen, Stores, Portieren, [illegible] Tischdecken, [illegible] Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Treppenläufer, [illegible] Gelegenheitskäufe, [illegible] 84a (Moritzplatz).

Kaufe Schellack, [illegible] alle Sorten, [illegible]

Landrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtsfällen. Gerichtsvertretung. Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 176.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größter Kredit. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. [illegible] eine Treppe.

Bücher. Eine umfangreiche Büchersammlung, bestehend aus griechischen u. römischen Klassikern, Bühnenwerken, philosoph. Werken, Erzählungen usw. ist preiswert im einzelnen, unter Berücksichtigung besonderer Wünsche zu verkaufen bei Hermann Glasen, N 37, Saarbrücker Straße 7, II. Quergebäude IV.

Elegante neue Herrenstiefel 45 für 35.— M. Ballschuhe echt Wildleder 38 32.— Mark verkauft Seidel, Dresdener Straße 118, 6—8 Uhr.

Musik-Vereinigung sucht Bläser. Restaurant Koloniestraße 21.

Zu verkaufen: Eine Kücheneinrichtung, Kleiderspind, Kommode, Tisch und 2 Bettstellen. W. Polant, Oderbergerstr. 13, Quergeb. 1 Tr.

Homöopath. Meißner Institut Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden, nerv. Schwäche, Sper. veralt. Fälle bei schneller, sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. — Ausk. kostenl. Sprechst. 10-1, 5-8 Sonnt. 10-12.

EISNER und hunderte Opfer lebten noch, wenn die Presse den ihr unterbreiteten absolut neuen Gedanken auf Seite 93 des Buches „Das Testament" gefördert statt unterdrückt hätte. Verfasser und Selbstverleger A. Anwander, Berlin W 57, bittet um Errichtung von Auslieferungsstellen und um Partienbezieher für Großbetriebe bei hohem Rabatt für Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Land- u. Seesoldaten, für Frauen u. erwachsene Mädchen. 156 Seiten Mk. 5.[illegible]

PIANOS Adam, Münzstr. 16. große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Filze, Kupferbespannung 1500 Mark. Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Die Tribüne. Herausgeber: Karl Schneidt. Nr. 6 erscheint heute. — Man lese den Leitartikel: Mitschuldig an Kurt Eisners Ermordung. Für Zeitungshändler hoher Verdienst. — Preis 10 Pf. Verlag der Tribüne, Berlin, Zimmerstr. 36.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren. Aerztlich geleitete Heilanstalt. Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Geschäftsfreudige solide Arbeiter mit grossen Bekanntenkreisen unter Arbeitern in allen Industrieplätzen als Vertreter für leicht verkäuflichen vornehmen Artikel bei gutem Nutzen gesucht. Gustav Voigtmann, Berlin SW 47, Hagelberger Straße 52.

Die persönliche Schuld Wilhelms II. Ein zeitgemäßer Rückblick. In dieser ausgezeichneten Schrift werden alle Fehler und Irrtümer zusammengestellt, aus denen die persönliche Schuld Wilhelms II. mit unzweideutiger Bestimmtheit hervorgeht! — Jeder Deutsche sollte diese Schrift lesen! — Preis M. 2.— C. A. Grambs, Sonneberg (Sachsen-Meiningen).

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden, spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von Dir. Löser senior. Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Behandlungszeit 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Der kommunistische Aufbau. Soeben erschienen: Der kommunistische Aufbau enthaltend: 1. Die Zukunftsziele des Kommunismus. Von Julian Borchardt. 2. Der praktische Kommunismus der Gegenwart. Von Hans Berliner. Preis 60 Pfennig. Bestellungen sind zu richten an: Verlag der Lichtstrahlen, Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde, [illegible] 1. Wiederverkäufer erhalten Rabatt u. werden überall gesucht.

Zeitungsfrauen werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin: Gierichner, Gitschiner Straße 90. Schiffbauerdamm 19. [illegible] 14. Petersen, Flensburger Straße 24.
Niederschöneweide: [illegible] 57.
Lichtenberg: Engel, [illegible] 22.
Charlottenburg: Lorenz, [illegible]
Steglitz: [illegible] 6.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art bei Männern und Frauen. Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mundausbrüche, Flechten, Beinleiden, Manneschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach Primararzt Dr. Hermanns erfolgreichem, giftlosem Heilverfahren möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend bewährt. künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandl. Dir. Hermanns, Elsasserstr. 42, I. Ecke Friedrichstraße (4 Min. v. Stett. Bahnhof.) Sprechst. 10—12 u. 5—7 Uhr. Sonnt. v. 10—11 Uhr vorm.

Sozialisten! Kommunisten!

Öffentliche Volksversammlung
Dienstag, 25. Februar abends 7 Uhr im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstraße 4.
Lenin gegen Marx?
Referent: Franz Pfemfert.
Freie Aussprache! Der Einberufer J. A.: Schohaus.

Kommunistische Partei Neukölln.
Am Dienstag abends 6½ Uhr
Öffentliche Versammlung
in der Vereins-Brauerei Hermannstraße.
Thema: Die Politik der U. S. P. D. und die Kommunisten.
Der Propaganda-Ausschuß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/85. Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1233, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Mittwoch, den 26. Februar 1919, nachmittags 5 Uhr:
Gürtler-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen betr. des Kollektivvertrages.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 26. Februar 1919, abends 7 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller Aufzugsmonteure und Helfer Berlins
im Patzenhofer Bierpalast, Friedrichstr. 134.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Die Vertrauensleute der gesamten Eisenkonstruktions- und Fahrstuhlbranche kommen am gleichen Tage im selben Lokal um 5 Uhr zusammen.
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes einzelnen Kollegen.

Mittwoch, den 26. Februar 1919, abends 7 Uhr:
Versammlung
aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wagen- und Karosseriefabriken
in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.
Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit dem Schutzverband für das deutsche Wagenbaugewerbe.
Das pünktliche Erscheinen aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin.
Kartonbranche.
Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Königstädtischen Realgymnasium, Elisabethstr. 57/58:
Branchenversammlung
aller i. d. Berl. [illegible]-Betrieben beschäft. Mitglieder.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenleitung. 2. Wahl einer Branchenkommission und zweier Mitglieder zur Ortsverwaltung. 3. Branchenangelegenheiten.
Um zahlreichen Besuch ersucht Die Ortsverwaltung.